

migrationsdienste gekürzt. Das ist aus meiner Sicht kein gutes Signal des Zusammenwirkens.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Auch die Steuerung beispielsweise über die von der Bundesregierung in Aussicht gestellten Migrationsabkommen ... Wir alle wissen, vor welchen Herausforderungen man steht, wenn man durchsetzen will, dass am Ende rechtsstaatlicher Verfahren auch die Verpflichtung zur Ausreise stehen kann. Das bedeutet aber auch, dass das möglich ist. Sie alle wissen, dass das oftmals daran scheitert, dass es keine Rücknahmebereitschaft der Herkunftsländer gibt.

Aus meiner Sicht ist es also ein guter Schritt, den die Bundesregierung angekündigt hat, Migrationsabkommen zu schließen, die auf der einen Seite die Rücknahmebereitschaft der Herkunftsländer erhöhen sollen, auf der anderen Seite aber auch legale Wege und andere Wege der Zusammenarbeit schaffen, um partnerschaftlich dafür zu sorgen, dass es Entlastungen im System gibt.

Nur was höre ich? Die Dinge brauchen Zeit. Die Dinge brauchen offensichtlich sehr viel Zeit. Das ist auch ein Problem, und das ist der Teil, wo der Bund in der Verantwortung steht, für mehr Steuerung zu sorgen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Gerade in Zeiten, in denen Menschen zu uns kommen, die gute Bleibeperspektiven haben, ist es aber auch wichtig, in den Blick zu nehmen, dass hier Menschen auch Teilhabemöglichkeiten eröffnet werden müssen. Teilhabe führt nämlich dazu, dass sich Menschen nicht nur integrieren, sondern auch einen Beitrag in dieser Gesellschaft leisten können. Sie können ihr Leben selbst gestalten und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten. Dafür bessere Möglichkeiten zu schaffen, ist auch unsere Aufgabe – auch und gerade angesichts des akuten Fach- und Arbeitskräftemangels. Es kommen Menschen mit einer guten Bleibeperspektive zu uns, die Potenziale und Kompetenzen mitbringen. Diese besser zu nutzen, ist auch eine Aufgabe, der wir uns gemeinsam stellen müssen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Aktuell stehen wir bei der Unterbringung und Versorgung von Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Terror zu uns fliehen, vor großen Herausforderungen. Insbesondere vor Ort wird einfach Herausragendes geleistet. Wir sehen, dass oft bis an die Belastungsgrenze gegangen wird. Auch deshalb bringt das Land diesen Sechspunkteplan auf den Weg. Es steht aber auch gerne bereit, mit dem Bund gemeinsam an einem Gesamtkonzept zu arbeiten, was dann auch die Fragen „Steuerung“ und „verbesserte Finanzierung“ gemeinsam löst, weil wir diese gemeinsamen Lösungen brauchen.

In dieser herausfordernden Situation geht es nur gemeinsam; in der Verantwortungsgemeinschaft aus Bund, Ländern und Kommunen und auch in der Verantwortungsgemeinschaft aus Demokratinnen und Demokraten, die gemeinsam dafür Sorge tragen müssen, dass Menschen, die vor Krieg und Terror zu uns fliehen, hier ein gutes Ankommen ermöglicht wird.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Ministerin Paul. – Meine Damen und Herren, da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich diese Aktuelle Stunde.

Wir kommen zu:

2 Fachkräftemangel bei den Öffentlichen Verkehrsmitteln wirkungsvoll begegnen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/5410

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der CDU dem Kollegen Scheen-Pauls das Wort.

Daniel Scheen-Pauls^{*)} (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der DGB war am 31.03. dieses Jahres im Landtag und hat seine Kampagne „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch!“ vorgestellt. Im Rahmen dieser Veranstaltung hatten wir Abgeordnete auch die Möglichkeit, mit Mitarbeitern aus dem ÖPNV persönlich ins Gespräch zu kommen.

„Es ist schlimm geworden“, sagte mir die Bielefelder Zugbegleiterin Simone Schäfer. Sie habe irgendwann aufgehört zu zählen; so oft ist sie in ihrem Beruf schon beleidigt, bedroht oder attackiert worden. Es seien Hunderte Vorfälle. Wildfremde Menschen würden bei ganz normalen Fahrkartenkontrollen ausrasten oder herumpöbeln, weil sie zum Beispiel ihre Füße nicht vom Sitz nehmen oder keinen Platz auf reservierten Plätzen machen wollen. Die Anfeindungen in ihrem Beruf seien in den letzten Jahren sogar noch schlimmer geworden. Viele Kolleginnen und Kollegen von ihr seien bereits an ihre Grenzen gestoßen.

Worte von Betroffenen wie diese sind alarmierend. Dazu kommen Busse, die ausfallen, Straßenbahnen, die zu spät kommen. Jedes zweite Verkehrsunternehmen in Deutschland hat im vergangenen Jahr den Fahrbetrieb einstellen müssen. Der Grund ist Personalmangel.

Die Verkehrsunternehmen stehen vor einer Herkulesaufgabe, denn der Auftrag lautet: mehr Verkehr mit weniger Personal. Fehlendes Personal, aber auch das Ansehen der Branche, das durch die beschriebenen Übergriffe, hohe Arbeitsbelastung, Schichtdienst und begrenzte Karrieremöglichkeiten von potenziellen Interessenten oft als unattraktiv wahrgenommen wird, lassen die Personaldecke zusätzlich schrumpfen.

Dabei ist der Ruf der Branche schlechter als die Realität. Sie bietet zukunftssichere Arbeitsplätze trotz technischer Fortschritte. Ich komme selber aus der Branche. Schon damals konnte ich feststellen, dass die zunehmende Digitalisierung der Verkehrsbranche auch Veränderungen bei den Arbeitsplatzprofilen schafft und neues Potenzial für die berufliche Weiterbildung der Beschäftigten eröffnet. Das macht den Beruf attraktiv. Qualifizierte Fahrerinnen und Fahrer sowie Servicemitarbeiter werden wir aber auch in Zukunft dringend brauchen.

Die NRW-Landesregierung ist sich dieser Herausforderung sehr bewusst und hat bereits 2019 mit dem Programm „Fokus Bahn“ eine Gegeninitiative gestartet, um den SPNV zu stärken. In diesem Programm haben sich alle teilnehmenden Partner das Ziel gesetzt, den Herausforderungen des nordrhein-westfälischen SPNV gemeinsam zu begegnen.

Auch Minister Karl-Josef Laumann geht das Problem des Fachkräftemangels effektiv an und hat die Fachkräfteoffensive gegründet. Auch ausländische Fachkräfte müssen schnell und unbürokratisch zu uns kommen und durchstarten können. Durch beschleunigte Berufsanerkennungsverfahren sowie die Weiterentwicklung der Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung wird die Landesregierung den Weg für ausländische Fachkräfte verbessern. In diesen Prozess können auch Anregungen der NRW-Außenrepräsentanzen aufgenommen werden. Dies geschieht in Kooperation mit den Kommunen, Gewerkschaften, Sozialverbänden und der Wirtschaft.

Die NRW-Landesregierung erarbeitet aktuell darüber hinaus verschiedene Ansätze, um den Zugang zu den Berufen im ÖPNV zu vereinfachen. So wird gezielt bei jungen Menschen, die gerade die Schule oder das Berufskolleg abschließen, Werbung für eine Ausbildung bei einem Verkehrsunternehmen gemacht. Auch Seiten- und Quereinsteiger werden gezielt umworben.

Nicht nur landesintern, sondern bundesweit müssen wir neue Wege finden. Der Bund muss sich ebenfalls für einfachere Bedingungen bei der Gewinnung von ausländischen Fachkräften einsetzen. Ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse müssen – natürlich unter Einhaltung der Sicherheitsstandards – leichter anerkannt werden. Bei mangelnder Sprachkompetenz müssen Sprachbarrieren durch die Anwendung von Leichter Sprache abgebaut werden. Die gesamte

Branche muss in der öffentlichen Wahrnehmung wieder mehr Wertschätzung erfahren.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Doch das schaffen wir nicht, wenn wir immer wieder von dem zunehmend aggressiven Verhalten von Fahrgästen gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Fahrdienst oder beim Servicepersonal hören, wie eingangs beschrieben. Hier setzt das vor einem Jahr erfolgreich gestartete landesweite und vor allen Dingen ressortübergreifende Präventionsnetzwerk #sicherimDienst von Innenminister Herbert Reul an. Wer sich davon überzeugen will, muss nur vor den Plenarsaal gehen. Dort gibt es heute einen Stand, um die Arbeit im Präventionsnetzwerk zu erklären.

(Beifall von der CDU)

Unser Ziel ist es, mit erhöhter Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Berufe im öffentlichen Verkehr wieder attraktiver für potenzielle Bewerber zu machen. Mit mehr Personal wird auch der ÖPNV wieder für mehr Bewegung sorgen. Und ein zuverlässiger ÖPNV in Stadt und Land ist unabdingbare Grundvoraussetzung dafür, dass wir die Verkehrs- und Mobilitätswende wirklich erreichen.

Ohne Gegenmaßnahmen wird der Personalmangel im ÖPNV noch weiter voranschreiten. Wir müssen jetzt an den entscheidenden Stellen für Bewegung sorgen, denn nur mit Beweglichkeit sorgen wir wirklich für Bewegung. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Scheen-Pauls. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt die Abgeordnete Besche-Krastl.

Ina Besche-Krastl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleg*innen der demokratischen Fraktionen!

Sehr geehrte Fahrgäste! Der Zug S 8 um 7:30 Uhr auf Gleis 13 fällt heute leider aus. Wir bitten um Ihr Verständnis. Grund dafür ist ein kurzfristiger Personalausfall.

Uhrzeiten und Verbindungen variabel; das ändert nichts daran, dass diese Durchsage für viele Fahrgäste aktuell zur tagtäglichen Realität gehört. Pendler*innen sind aber auf einen verlässlichen SPNV und ÖPNV angewiesen, denn er ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit für viele Menschen in NRW elementar.

Wir haben uns als schwarz-grüne Koalition ambitionierte Ziele zur Angebotsausweitung gesetzt, die wir ohne die Menschen, die in der Branche tätig sind,

nicht umsetzen können. Fahrerinnen und Fahrer, Servicepersonal, aber auch Techniker*innen in Stellwerken und Werkstätten sind für das Gelingen und den tagtäglichen Betriebsablauf entscheidend. Das alles tun wir nicht zum Selbstzweck, sondern weil wir die notwendigen Schritte machen wollen hin zu einer Verkehrswende und damit zu konsequentem Klimaschutz.

Die Gründe für den Mangel an Personal im System sind vielschichtig und müssen für zielgerichtete Maßnahmen differenziert in den Blick genommen werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Gründe sind zum einen herausfordernde Arbeitsbedingungen durch Schichtbetrieb, mitunter lange Wege zum Arbeitsort oder, wie es der Kollege Scheen-Pauls gerade beschrieben hat, eine zunehmende Anspannung auf jeder Fahrt für das Personal an Bord.

Zum anderen gibt es zunehmend Probleme bei der Bahninfrastruktur. Sie werden zum Stresstest für das Personal und führen zu zahlreichen Ausfällen und Krankmeldungen. So wurde es in einer aktuellen Untersuchung von Fokus Bahn herausgearbeitet.

Die Koalitionsfraktionen und diese Landesregierung wollen die Probleme mit einem neuen Maßnahmenpaket innerhalb der Fachkräfteoffensive des Landes gezielt angehen. Dies beinhaltet die Schaffung von ambitionierten Beschäftigungsstandards in den Verkehrsverträgen, die perspektivische Ausweitung von Fokus Bahn, um zusätzliches Busfahrpersonal zu gewinnen, und Maßnahmen, die einen vereinfachten Zugang für Quereinsteiger*innen und Menschen mit Einwanderungsgeschichte ermöglichen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir wollen, dass man sich in diesem Land auf Bus und Bahn wieder verlassen kann, allerdings nicht auf Kosten derjenigen, die in der Branche tätig sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Jede Investition und jede Kraftanstrengung ist hier gut angelegt – für die öffentliche Daseinsvorsorge, für die Verkehrswende und für unsere Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt die Abgeordnete Kahle-Hausmann.

Julia Kahle-Hausmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein weiterer Gruß geht an alle im öffentlichen Verkehr Beschäftigten! Mit dem vorliegenden Antrag

beschreiben Sie korrekt die jetzige Personalsituation im öffentlichen Verkehr – sei es bei der Schiene oder beim Bus. Der demografische Wandel ist spürbar: weniger Bewerber, viele Abgänge und letztlich sehr hohe Arbeitsbelastung.

Ihr Schluss, wie die Verkehrsunternehmen zügig an mehr Fahrkräfte kommen können, ist allerdings bestenfalls gutgläubig. Schlimmstenfalls hat mit den Verantwortlichen niemand wirklich gesprochen;

(Beifall von der SPD)

als würde der Markt es mit den Tarifvertragsparteien schon richten. Ohne eine wirkliche substanzielle Verbesserung wird das jedoch nicht funktionieren.

Leider muss man auch ankreiden, dass Sie, liebe Kolleginnen der CDU, unter dem damaligen Verkehrsminister Hendrik Wüst in diese Situation sehenden Auges hineingestolpert sind. Oder ist Ihnen nicht mehr präsent, dass Sie mehrfach Initiativen unsererseits für mehr Arbeitskräfte in ÖPNV und SPNV in der vergangenen Legislaturperiode abgelehnt haben?

Meine Damen und Herren, der Vorschlag, das durchaus erfolgreiche Programm „Fokus Bahn“ auf den straßengebundenen ÖPNV auszurollen – ein wenig mehr Frauenförderung und Homeoffice hier und mehr Integration von Migranten da sowie natürlich eine Öffentlichkeitsarbeit in den Schulen – ist tatsächlich gut zu lesen. Ich möchte aber auch einen Fachmann aus dem ÖPNV zitieren: Glauben die alle, wir haben mit dem Rücken an der nassen Wand geschlafen?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Kollegin, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Es liegt der Wunsch auf eine Zwischenfrage von der Kollegin Besche-Krastl vor. Würden Sie die Zwischenfrage zulassen?

Julia Kahle-Hausmann (SPD): Gerne.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Bitte.

Ina Besche-Krastl (GRÜNE): Vielen Dank. – Vielen Dank auch für die Zulassung der Zwischenfrage. Ich fand den Aspekt sehr interessant – das haben Sie gesagt –, dass die Branche das Gefühl habe, wir hätten keine Rücksprache geführt, oder dass sie diesen Antrag nicht wertschätzen könne.

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, wie ich die Zusage des Verbandes der Busfahrer bewerten darf. Der Verband dankt uns für diesen Antrag und klatscht quasi in die Hände, weil er sich freut, dass wir mit ihm zusammenarbeiten wollen. Sie ignorieren irgendwie, dass die Resonanz auf diesen Antrag

branchenübergreifend super war und sich viele Menschen sehr wertgeschätzt gefühlt haben, weil wir einfach die Situation des Fahrpersonals mal wieder in den Blick nehmen.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Bitte schön, Sie haben das Wort.

Julia Kahle-Hausmann (SPD): Möglicherweise haben Sie durchaus einen kleineren Teil der Branche befragt. Uns haben jedoch andere Leute genau das beschrieben, was ich Ihnen gerade dargelegt habe.

Die Personallücke wird seit Jahren immer größer, und die Hoffnungen, die Migrationsbewegungen der letzten Jahre könnten sich positiv auswirken, haben sich nicht erfüllt. Die Verkehrsunternehmen realisieren doch schon längst alle in Ihrem Antrag aufgeführten Vorschläge, zumindest diejenigen, die schon lange auf dem Markt sind und diese Problemlage nicht erst seit Kurzem identifizieren.

Die Hauptprobleme des ÖPNV sind Folgende: Gerade der Arbeitsplatz des Fahrpersonals ist zwar sicher, aber nicht sonderlich attraktiv. Wer will sich schon mit geteilten Diensten herumschlagen? Wer will nur alle paar Jahr als Familie in den Ferien Urlaub machen können?

Wer will nach TV-N mit üblicherweise ca. 2.600 Euro plus vielleicht noch Zulagen von etwa 300 Euro dafür, dass man sich die Sonn- und Feiertage um die Ohren kloppt, nach Hause gehen, um Schülerverkehre, Fußballfans, Berufstätige und immer mehr respektlose Mitbürger, die für die zahlreichen Angriffe in der Vergangenheit verantwortlich sind, durch die Städte zu fahren? Ich rede hier von Bruttoverdiensten, sodass unterm Strich vielleicht 1.800 Euro, 1.900 Euro übrig bleiben.

Apropos gesundes Arbeiten: Es ist nicht nur der Fahrdienst, der zunehmend stressiger wird, sondern auch die Personalverknappung bei einer gleichzeitigen Aufgabenverdichtung in den letzten Jahren fordert ihren Tribut. Die Gesundheitsquote ist in vielen ÖPNV-Unternehmen deutlich niedriger als in anderen Branchen.

(Mehrddad Mostofizadeh [GRÜNE]: Dann schafft Abhilfe!)

Auch hier muss substanziell nachgebessert werden.

Das Hauptproblem ist allerdings, dass durch die kommunale Trägerschaft die Wirtschaftspläne vieler Verkehrsunternehmen zumindest in finanziell knappen und verschuldeten Kommunen äußerst auf Kante genäht sind. Ausweitungen des Leistungsangebots werden dort zwar verlangt, aber die Zusatzkosten werden nicht durch die Kämmerer im Verlustvortrag abgebildet.

Gutes Personal zu halten oder neues Personal zu gewinnen, bedarf einer langfristigen Personalstrategie, die durch die kurzfristigen Konsolidierungserfordernisse der Städte zunichte gemacht wird. Man lebt von der Hand in den Mund. Leider ist von Ihrer Seite aus keine Hilfe zu erwarten. Eine faire Altschuldenregelung kommt nicht, und der Landesrechnungshof schlägt Ihnen weitere finanzielle Versäumnisse um die Ohren.

Der VDV hat in seinem Positionspapier im Januar dieses Jahres Maßnahmen identifiziert, die Sie als regierungstragende Fraktionen vielleicht auch interessieren dürften. Kurzfristig würde die gezielte Rekrutierung von Ruheständlern und von Studierenden zu Spitzenzeiten und an den Wochenenden, die Flexibilisierung von Führerscheinausbildungen bei Vorbesitz eines Führerscheins Klasse D, die Anerkennung von ausländischen Führerscheinen – das wurde angeführt – und die Senkung des Mindestalters für Berufsfahrerinnen helfen.

Mittelfristig helfen deutlich mehr Investitionen in Berufsausbildungen und möglicherweise auch die Rekrutierung aus Drittstaaten, was bereits versucht wurde, aber angesichts der gezahlten Löhne oftmals vergeblich ist.

Langfristig hilft allerdings nur, die Kommunen und Verkehrsunternehmen weitestgehend vom städtischen Haushalt zu trennen, öffentlichen Verkehr endlich als Teilhabe- und Daseinsvorsorge zu begreifen und die Weichen so zu stellen, dass die Verkehrsunternehmen vernünftig wirtschaften können.

(Beifall von der SPD)

Das bedeutet auch für das Land, Geld in die Hand zu nehmen. Ihr Antrag ist für uns etwas weit entfernt von der tatsächlichen Realität, aber wir erkennen, dass Sie in die richtige Richtung laufen. Deshalb enthalten wir uns an dieser Stelle, bieten aber an, im Verkehrsausschuss an weiteren Lösungen mitzuarbeiten. – Danke schön.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Gordan Dudas (SPD))

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Kahle-Hausmann. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Kollege Rasche.

(Zuruf von den GRÜNEN – Gordan Dudas [SPD]: Sie hätten überweisen können! – Mehrddad Mostofizadeh [GRÜNE]: Dann stellt doch den Antrag!)

Christof Rasche* (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns eint das Ziel, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen, ob beim Güterverkehr oder beim Schienenpersonennahverkehr. Es geht auch um mehr Verkehr in den Bussen. Das ist

klar. In Ihrem Antrag reden Sie wörtlich von strukturellen Problemen, die aufzuarbeiten sind. In der Tat gibt es diese.

Sie beziehen sich thematisch auf den Bereich der Fachkräfte. Das ist richtig. Sie beschreiben die Situation richtig, und auch die Lösungsvorschläge sind gut. Vorhin wurde Minister Reul namentlich genannt, der schon an Lösungen arbeitet, und Minister Krischer macht dies ebenso.

Aber all das, was in diesem Antrag steht, ist nichts Neues.

(Ina Besche-Krastl [GRÜNE]: Doch!)

Alles können wir schon auf den Seiten von Fokus Bahn nachlesen. Wir wissen ja, dass Fokus Bahn und das Ministerium sehr eng zusammenarbeiten. Nur etwas Richtiges zu schreiben, aber nichts Neues, keinen einzigen neuen Vorschlag, reicht nicht für die Zustimmung der FDP.

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

Deswegen werden wir uns enthalten.

Sie sprechen aber von strukturellen Problemen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und auf drei strukturelle Probleme hinweisen, auf die wir tatsächlich eingehen müssen.

Wir erinnern uns noch, dass die Zweckverbände, die Verkehrsverbünde im Januar, im Februar, im März Angst hatten, dass sie Verkehre abbestellen müssen. Das ist das Gegenteil von einer Politik für den Schienenpersonennahverkehr. Sie hatten Angst, weil ihnen Planungssicherheit fehlt, und sie erwarten und verlangen zu Recht, dass sie Planungssicherheit für die Jahre 2024 und 2025 bekommen. Diese Planungssicherheit gibt diese Koalition ihnen bisher nicht. Das ist ein strukturelles Problem, das wir in Nordrhein-Westfalen haben. Das müssen wir bearbeiten.

Das zweite strukturelle Problem ist der Planungsvorrat. Wir haben es in den vergangenen Jahren immer wieder erlebt, dass Geld auftaucht, weil es in anderen Bundesländern nicht verbaut wird. Dann muss man Planungen in der Schublade haben, damit man das Geld in Nordrhein-Westfalen verbauen kann. Das gilt für die Straße, aber auch für die Schiene. An diesem Planungsvorrat wird in Nordrhein-Westfalen nicht ausreichend genug gearbeitet.

(Oliver Krischer, Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: Stimmt doch nicht!)

– Geld dafür wird aktuell reduziert, Herr Krischer. Wir können es ja mal mit den Zweckverbänden besprechen. Genau die beklagen den mangelnden Planungsvorrat.

Und drittens: Ein strukturelles Problem ist der Wortbruch gegenüber dem Koalitionsvertrag. Sie haben versprochen – auch gegenüber den Verbänden, die

eben genannt wurden und die positive Briefe schreiben –: Wenn der Bund mehr Geld für den ÖPNV gibt, dann legt die Landesregierung, die Koalition, eins zu eins drauf. Wenn der Bund also eine Milliarde Euro mehr gibt – für Nordrhein-Westfalen waren es über drei Jahre etwas mehr als 500 Millionen Euro –, dann legt diese Regierung drauf. Das ist schriftlich festgehalten im Koalitionsvertrag. Genau das machen Sie aber nicht.

(Gordan Dudas [SPD]: Muss der Bund machen! Alles der Bund!)

Also: Wir sind dabei, strukturelle Probleme für mehr Verkehr in Bussen und Bahnen zu lösen. Aber Sie müssen es auch wollen.

Den Fachkräftebereich gehen wir an. Das tun wir schon seit Längerem. Aber die drei genannten Punkte sind von zentraler Bedeutung, und da kommt bisher nichts. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Esser.

Klaus Esser* (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das ist eine fetzige Debatte heute Morgen: Mehr Qualität für die öffentlichen Verkehre durch Leichte Sprache – das wurde schon als Vorschlag gebracht. Daran zeigt sich schon, auf welchem Niveau wir uns hier bewegen.

Diese Art Anträge ist ja immer ein bisschen eigenartig.

(Zuruf von Ina Besche-Krastl [GRÜNE])

Da stellen die regierungstragenden Fraktionen, also CDU und Grüne, einen Antrag, um ein Problem zu beseitigen, welches Sie alle miteinander – mein Kollege Wagner spricht immer so gerne von der heiligen Vierfältigkeit der Demokraten hier im Hause, wie Sie sich selber ja bezeichnen – in den vergangenen Jahrzehnten erst entstehen lassen haben. Das klingt irgendwie schon sehr danach, als ob man die eigene Landesregierung zum Arbeiten auffordern müsse.

(Ina Besche-Krastl [GRÜNE]: Oh!)

Oder – das wäre dann die Frage an die CDU – ist es die übliche Ankündigungspolitik, quasi Öffentlichkeitsarbeit durch das Plenum, die Sie hier intendieren?

Der Nachwuchsmangel im Verkehrsbereich ist eines der Hauptprobleme, und der eklatante Personalmangel führt schon heute zur Ausdünnung fast aller Verkehrspläne. Der ÖPNV-Bereich ist besonders von der Verrentungswelle geburtenstarker Jahrgänge

betroffen. Aber Ihre Ursachenanalyse greift zu kurz. Und die demografische Entwicklung kommt bei aller Liebe auch alles andere als überraschend.

Das Hauptproblem ist aktuell, zum jetzigen Zeitpunkt, dass Sie vor allem durch grüne Ideologienpolitik in Kenntnis dieser schwierigen Situation sogar mehr Leute in Busse und Bahnen bringen wollen. Sie geben in Ihrem Antrag ja selber zu, dass – Zitat – „schon jetzt [...] auf den wichtigen Pendelstrecken in NRW das Angebot [...] zu knapp sowie in ländlichen Räumen kaum vorhanden“ ist.

Aktuell ist nicht einmal diese knappe Grundversorgung zuverlässig gesichert. Verkehrsbetriebe und Pendler müssen sich mit Notfallplänen von Tag zu Tag durchhangeln. Und zusätzlich zu all diesen Problemen sagen Sie: Wir wollen in dieses für Mitarbeiter inzwischen äußerst unattraktive und völlig überlastete System noch etwa 60 % mehr Menschen hineinquetschen.

Natürlich ist es richtig, in den Verkehrsverträgen eine Ausbildungspflicht festzuschreiben. Aber den Verkehrsunternehmen jetzt von Düsseldorf aus zu sagen, wann sie in welchen Schulen werben müssen und in welchen Bereichen sie Praktika anbieten sollen, das wird nicht funktionieren.

Richtig übergreifend wird es, wenn Sie von hier aus, aus Ihrem Kämmerlein heraus, eine Firmenkultur vorschreiben wollen. Wir sind davon überzeugt, dass eine Unternehmenskultur an der Basis entsteht, im Wechselspiel zwischen Mitarbeitern und Führungskräften. Dazu braucht es Freiheit statt Vorgaben und nicht einen Kommissar aus Düsseldorf, der dann prüft, ob es bloß alles in der richtigen Art und Weise miteinander besprochen wird.

Ihr Antrag liest sich wie eine Einkaufsliste, in der jemand einfach mal alles aufgeschrieben hat, was ihm so zum Thema „Fachkräftemangel im öffentlichen Verkehr“ eingefallen ist. So ist die Erschließung und Anbindung des ländlichen Raums bei Ihnen nur ein Stichpunkt unter vielen.

Für uns als AfD, die wir sehr nah am Bürger sind, hat dieser Aspekt jedoch absoluten Vorrang. Da müssen wir ran, und da würde die AfD mit Schwerpunkt investieren. Aber noch einmal: Wir sind gerade durch Ihre jahrzehntelange schlechte Vorarbeit überhaupt nicht in einer Situation des Ausbaus. Wir sind auch nicht in einer Situation des Wachstums oder der Expansion. Wir sind in der reinen Substanzerhaltung.

Daher brauchen wir aktuell zuerst eine stabile und zuverlässige Grundversorgung statt Tag für Tag neue Notfallpläne, die für Pendler, Verkehrsplaner und dann in der Konsequenz auch für die Mitarbeiter nichts anderes als Zusatzstress bedeuten.

Eine Metapher für die Begriffsstutzigen hier im Saal: Die öffentlichen Verkehre in NRW stehen aktuell da – stellen Sie es sich vor – wie ein Auto mit Getriebe-

schaden, das im ersten Gang festhängt. Sie reparieren aber nicht das Getriebe. Mit Deutschlandticket und allerlei Klimazielen bauen Sie jetzt an dieses Auto zwar noch einen schicken Heckspoiler dran und ziehen neue Hochglanzfelgen auf, aber das Auto fährt weiterhin nur im ersten Gang. So kommen wir nicht weiter.

Im Fazit müssen wir leider feststellen, dass Ihre Analyse des Problems viel zu kurz greift. Sie schildern wie gewöhnlich die Symptome des Problems, wollen aber nicht einsehen, dass Sie selbst die Lage verursacht haben und aktuell sogar weiter verschlimmern.

Wir wären – ähnlich wie die anderen Oppositionsfractionen es gesagt haben – im Verkehrsausschuss bei jedem einzelnen Punkt gerne ins Detail gegangen, um gemeinsam nach echten Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen, aber in Gänze besteht Ihr Antrag fast nur aus lauwarmen Luft, und manche Aspekte sind sogar recht kontraproduktiv.

Wir von der AfD sind bei allen Lösungsansätzen dabei, die ein Problem bei der Wurzel packen. Das ist bei Ihrem Antrag nicht der Fall. Deswegen können auch wir uns hier bestenfalls enthalten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Danke sehr, Herr Abgeordneter Esser. – Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Krischer.

Oliver Krischer^{*)}, Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Betrachtung eines Themas ist es ja manchmal sinnvoll, etwas zurückzutreten und in die längere Perspektive zu gehen.

Wenn ich mich an die Erwartungen an die letzte Bahnreform in den 90er-Jahren erinnere und schaue, wo wir heute stehen, stelle ich fest: Der öffentliche Verkehr ist eine absolute Erfolgsgeschichte. Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine Ausweitung der Verkehrsleistungen, wie sie damals nicht vorstellbar gewesen wäre. Wir haben Steigerungen bei den Fahrgästen.

Es gab zwischenzeitlich immer wieder mal Kasandrarufer – zum Beispiel zuletzt in der Coronakrise – der öffentliche Verkehr habe keine Zukunft. Wir sehen, dass wir inzwischen wieder Rekordzahlen bei Fahrgästen und Verkehrsleistungen haben.

Ich will an dieser Stelle den Tausenden Menschen danken, die dieses System unter den schwierigen Bedingungen – ich komme gleich darauf – am Laufen halten, insbesondere denjenigen, die in den Bussen und Zügen ihren Dienst tun. Das, finde ich, muss von hier aus auch mal eine Botschaft sein.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Bei den Zukunftsherausforderungen haben wir drei Themen zu bearbeiten. Wir haben eine Finanzierungsfrage; die wird im Moment in der Verkehrsministerkonferenz mit dem Ausbau- und Modernisierungspakt diskutiert. Wir haben eine kaputte Infrastruktur, die zu erkennen ist. Sie wird an zahllosen Baustellen in Nordrhein-Westfalen bearbeitet, die ursächlich für Zugausfälle, Verspätungen und alles Mögliche sind. Es ist die Nebenwirkung einer versäumten Infrastrukturleistung der vergangenen Jahrzehnte, die im Moment bearbeitet wird. Das dritte Thema wurde bereits angesprochen: Auch an der Branche des öffentlichen Verkehrs geht der Fachkräftemangel wie an fast allen anderen Branchen nicht vorbei.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Koalitionsfraktionen ist überhaupt keine heiße Luft. Er adressiert ein zentrales Thema des öffentlichen Verkehrs. Es ist sehr richtig und wichtig, dass wir uns damit auseinandersetzen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Es ist ja schon angesprochen worden: Mit Fokus Bahn haben wir in Nordrhein-Westfalen ein bundesweit einzigartiges Instrument, mit dem wir Zugführerinnen und Zugführer mit Landesgeld ausbilden können. Inzwischen ist eine dreistellige Zahl von Menschen so qualifiziert worden, dass sie diesen Dienst tun können.

Wir werden dies allen Schwierigkeiten zum Trotz in Zukunft ausweiten. Auch das ist ein Erfolgsmodell aus Nordrhein-Westfalen, mit dem wir nicht über das Problem reden, nicht nur darüber diskutieren, sondern einen ganz konkreten Beitrag zur Lösung leisten.

Selbstverständlich muss das weitergehen. Selbstverständlich braucht es viele andere Ansätze, denn anders, als hier in manchem Redebeitrag der Eindruck erweckt worden ist, gibt es sehr wohl Menschen, die diesen Beruf ergreifen wollen, die in dieser Branche arbeiten wollen. Es gibt eine Vielzahl von Bewerbern. Wir müssen ihnen nur die Plätze und die Möglichkeit geben, dies am Ende auch tun zu können.

Darüber wollen wir mit der Branche reden, weil es auf Dauer nicht sein kann, dass das Land finanziert, sondern wir wollen schauen, wie wir mit der Branche dahin kommen, dass Ausbildung Normalität wird, und was dafür an Rahmenbedingungen verändert werden muss.

So etwas wie #sicherimDienst gehört da selbstverständlich ebenso dazu wie Ausbildungsverordnungen, Rahmenbedingungen, Verkehrsverträge und vieles mehr. Das alles wird richtigerweise in diesem Antrag adressiert, und das ist gut so.

(Zuruf von Carsten Löcker [SPD])

Ein weiteres Thema, das vor allen Dingen Busfahrerinnen und Busfahrer betrifft, ist, dass Menschen, die diesen Beruf beherrschen, bei uns teilweise nicht arbeiten können, weil formale Zugangsvoraussetzungen fehlen. Warum beispielsweise kann jemand, der in der Ukraine Reisebusse gefahren hat, dies nicht in Deutschland tun? Warum beispielsweise kostet ein Busführerschein in Deutschland dreimal so viel wie in den Niederlanden oder in Österreich? Da ist der Bund adressiert; da reden wir aber auch über Ausbildungsordnungen bei Kammern.

Das alles sind Themen, die wir anpacken müssen und die diese Landesregierung auch anpackt. Der Fachkräftemangel im öffentlichen Verkehr muss bearbeitet werden,

(Gordan Dudas [SPD]: Und die Landesregierung nichts angeht!)

und er wird von uns auch konkret bearbeitet – jeden Tag und an jeder Stelle –, damit wir hier vorankommen. Die Situation wird jeden Tag besser, weil wir zusätzliche Menschen gewinnen, die diesen Beruf ergreifen und in diese Branche gehen. Der Antrag der Koalitionsfraktionen ist da eine große Hilfe und Unterstützung, die diese Politik der Landesregierung mit voranbringt. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Minister Krischer. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit befinden wir uns am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Die antragstellenden Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/5410. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer Enthalt sich? Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Damit ist **der Antrag Drucksache 18/5410 angenommen**.

Wir kommen zu:

3 Ein klares Bekenntnis für die Fusionstechnik – Nordrhein-Westfalen als Standort für das erste Demonstrationskraftwerk in Deutschland vorbereiten

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5387

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der Kollegin Freimuth das Wort.